

## Es ging fast nur ums Geld

Rappellvoll war es im Landesinstitut. Viele Eltern wollten sich über die Zukunft ihrer Kinder informieren. Foto: Reiner Schrödter



Soest. Das ehemalige Landesinstitut für Schule und Weiterbildung am Paradieser Weg war bei der Informationsveranstaltung zum Thema Kinderbildungsgesetz (KIBIZ) vollkommen überfüllt. Rund 300 Besucher, vor allem Erzieherinnen und Eltern, hatten sich auf den Weg gemacht, um bei der Podiumsdiskussion ihre Interessen zu vertreten.

Journalist Klaus Bunte moderierte die Diskussionsrunde, an der Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer, der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Ingo Dietscheidt, die Mitglieder des Landtags Andrea Asch (Die Grünen) und Norbert Römer (SPD) sowie Petra Papst (FDP) und Sabine Prott von der Diakonie, die den Gesetzesentwurf vorstellte, teilnahmen. Die Probleme und die Unstimmigkeiten wiegen aus ihrer Warte schwerer als die positiven Seiten des neuen Kinderbildungsgesetzes.

Besonders in der Kritik standen die drohende Anhebung der Elternbeiträge, das schwächere Mitspracherecht der Eltern und die Finanzierung der Tageseinrichtungen nach Pauschalen, durch die sich Einrichtungen existenziell gefährdet sehen. Weniger Geld bedeutet, dass die erfahrenen, teureren Erzieherinnen, auf der Strecke bleiben.

Klaus Bunte fragte: "Gibt es schon im Kindergarten eine Selektion nach dem Geldbeutel der Eltern?" Die Landtagsabgeordneten fürchten, dass Eltern, deren Budget knapp bemessen ist, einen geringeren Betreuungsbedarf anmelden werden, um die Beiträge gering zu halten. Geht es nach dem Gesetzesentwurf, müssen die Elternbeiträge nämlich 19 Prozent der Einrichtungskosten tragen - auch wenn Kommunen das nicht wollen, können sie durch das Haushaltssicherungskonzept dazu gezwungen werden. Die Frage, die den meisten unter den Nägeln brannte, war die Entwicklung vor Ort. Auch Dr. Eckhard Ruthemeyer sieht Klärungs- und Gesprächsbedarf zur Gesetzesvorlage: "Der Teufel steckt im Detail". Er sieht Kommune und Wohlfahrtsverbände Seite an Seite, um den "Zukunftsstandort Soest schon im Kindergartenbereich zu sichern." Geht es nach ihm, sollen die Beiträge nicht steigen.

Ingo Dietscheidt verspricht für Soest: "Es wird keinem Kind die Bildung verwehrt, weil die Eltern kein Geld haben. An diesem Anspruch lasse ich mich messen." Auch die frühe Festlegung auf den Betreuungsrahmen, den die Eltern im März treffen müssen, ist ein großer Kritikpunkt. "Berufliche Veränderungen werden damit unmöglich", befürchtete ein Vater.

Viele Besucher störte, dass sich die Veranstaltung fast nur um die Finanzierung drehte. "Wir brauchen keine Haushaltsdebatte. Wir müssen entscheiden, was die Kinder brauchen", mahnten Teilnehmer zur Besinnung auf Bildung und Erziehungsauftrag.

06.06.2007 Von Reiner Schrödter